

Veröffentlicht in: Neue Zürcher Zeitung, 27. März 2020

Der Notstand und die Versuchung einer Sonderinteressen-Politik

Olivier Kessler

Die westlichen Regierungen, darunter auch der Bundesrat, haben den Notstand ausgerufen und damit das öffentliche Leben weitgehend lahmgelegt. Man mag diese einschneidenden Massnahmen als notwendig erachten oder als unverhältnismässig kritisieren. Auf jeden Fall haben sie Konsequenzen. Es bedarf nun einer grossen Wachsamkeit, damit diese Krise nicht von Sonderinteressen missbraucht wird.

Politische Interventionen wie die aktuelle haben immer ungewollte Nebeneffekte, die letztlich zu noch mehr Eingriffen verleiten, mit denen man die verursachten Schäden bekämpfen will – was wiederum weitere Folgeeffekte haben wird. Der Ökonom Ludwig von Mises hat diesen Prozess als «Interventionsspirale» bezeichnet. Diese führe eine Gesellschaft schrittweise in die Verstaatlichung, Zentralisierung und Knechtschaft.

In der derzeitigen Lage besteht diese Gefahr zweifelsohne. Die Politik liebt Krisenzeiten. Viele Menschen befinden sich dann in einem aufgeregten Zustand, haben Angst und sind eher bereit, Eingriffe in ihre individuellen Freiheitsrechte zu erdulden. Historisch kann gut beobachtet werden, wie Staaten insbesondere in solchen Zeiten ihre Macht zulasten der Bürgersouveränität ausgebaut haben – etwa nach 9/11, als die staatlichen Überwachungsapparate massiv ausgebaut oder im Zuge der Finanzkrise 2008, als die Finanzmärkte in regulatorische Fesseln gelegt wurden.

Der Staat kommt meist, um zu bleiben

Krisen und die politischen Reaktionen darauf sind deshalb so problematisch, weil der Staat sich kaum jemals wieder vollständig aus jenen Tätigkeitsfeldern zurückzieht, in denen er sich einmal festgesetzt hat. Die Kriegsabgabe etwa, die während des Ersten Weltkriegs als «vorübergehende Notmassnahme» eingeführt wurde, besteht auch noch über 100 Jahre danach in Form der direkten Bundessteuer. Der Fehler von John Maynard Keynes Theorie der antizyklischen Staatseingriffe zur Ankurlung der Wirtschaft liegt im Irrglauben, dass sich der Staat bei guter Wirtschaftslage automatisch wieder zurückziehe.

Es gilt also ganz genau zu beobachten, wo sich der Staat im Zuge der aktuellen Notlage überall in die freie Koordination der Menschen einmischt – um nach Beendigung der speziellen Situation unmittelbar wieder auf eine Rückkehr zur Normalität zu pochen.

Dieses Vorhaben dürfte jedoch alles andere als leicht sein. Bereits stehen diverse politische Forderungen im Raum mit weitreichenden Konsequenzen, wie etwa jene eines bedingungslosen Grundeinkommens oder einer Abschaffung des «unhygienischen» Bargelds. Doch nicht nur Aktivisten und Parteien werden sich im heutigen Zeitalter des politischen Machbarkeitswahns mit Vorschlägen überbieten, was die Politik nun alles «tun» soll. Auch werden sich in den kommenden Wochen diverse Sonderinteressen sortieren, organisieren und von der Politik Folgemaassnahmen fordern, welche die freie Marktwirtschaft zusätzlich auszuhöhlen drohen.

Einflussnahme der Interessengruppen

So haben beispielsweise die Notenbanken bereits gigantische Anleiheaufkauf-Programme beschlossen: Die Fed will für 700 Mia. Dollar, die EZB mit 750 Mia. Euro tätig werden. Von solchen «Quantitative Easing» profitieren in erster Linie Grossfirmen und der Staat auf Kosten der Bürger und der KMUs, weil letztere im Normalfall keine Obligationen am Markt platzieren und unter dem inflationsbedingten Wertverlust leiden.

Auch erschallen bereits Rufe nach umfangreichen Konjunkturprogrammen, welche die Wirtschaft nach dem Notstand wieder in Schwung bringen sollen. Dies ist zwar unter den gegebenen Umständen verständlich. Die negativen Effekte von solchen staatlichen Investitionen dürfen jedoch nicht unterschätzt werden. Das Geld für solche Konjunkturprogramme wird erfahrungsgemäss vor allem in jenen Bereichen mit den bestorganisiertesten Interessengruppen ausgegeben.

Es darf nicht vergessen werden, dass der Staat mit seinen Investitionen keinen zusätzlichen Wohlstand schaffen kann. Er muss dieses Geld ja zuvor jemandem wegnehmen, der es anderweitig verwendet und investiert hätte. Diese Umverteilung führt dann wiederum zu zusätzlichen Engpässen und Ausfällen bei weiteren besteuerten Firmen und Gruppierungen, die dann auch vom Staat «gerettet» werden wollen, womit wir wieder bei der Interventionsspirale wären.

Der Ökonom Frédéric Bastiat warnte davor, nur jene Dinge in politische Überlegungen miteinzubeziehen, die man sehen kann. Bei staatlichen Konjunkturprogrammen und Hilfspaketen sehen die Leute oft lediglich die Jobs und Einkommen, die dadurch «geschaffen» oder «gerettet» werden.

Man darf jedoch nicht ausser Acht lassen, was man nicht direkt sehen kann: Andere Jobs und Einkommen werden aufgrund dieser Staatsintervention entweder vernichtet, weil sie durch die zusätzlichen Steuern, welche die betroffenen Unternehmen zur Finanzierung der staatlichen Ausgaben leisten müssen, unrentabel werden. Oder aber sie können aufgrund der von den Konsumenten via Steuern abgeschöpften Kaufkraft gar nicht erst entstehen, obwohl diese neuen Arbeitsstellen prioritärere Kundenbedürfnisse befriedigt oder die Aufgaben besser erfüllt hätten als die staatlich geförderten Unternehmungen.

Die verhinderten privaten Projekte wären im Gegensatz zu den Konjunkturprogrammen des Staates freiwillig nachgefragt worden und hätten damit den Beweis erbracht, dass sie wahre Bedürfnisse befriedigen – was gerade in Krisenzeiten entscheidend ist.

Es bestehen bei den Politikern und Behörden, welche solche Konjunkturprogramme aufsetzen, keinerlei Anreize für einen sparsamen Umgang mit den Mitteln der Bürger, weil sich hier die Eigentümer nicht um ihre eigenen Investitionen kümmern und niemand das Risiko eines Verlusts persönlich tragen muss. Dies führt zu einer

verantwortungslosen Ressourcenverschwendung und einer Ausweitung des Leids in der Krise.

Der Staat muss nun abspecken

Anstatt all diese negativen Effekte in Kauf zu nehmen, wäre es ratsam, schnellstmöglich zu einer Politik der Eigenverantwortung und der Normalität zurückzukehren. Die Pharmabranche ist besonders gefragt, möglichst rasch entsprechende Heilmittel und Impfstoffe zu entwickeln, damit diese Rückkehr möglichst bald gelingen kann.

Bedeutet dies, dass der Staat nun tatenlos zuschauen soll? Mitnichten. Schliesslich hat er die Wirtschaftsfreiheit durch seinen Beschluss radikal eingeschränkt und trägt nun die Verantwortung für die Folgen. Es gilt nun, nebst den bereits diskutierten Kurzarbeitsentschädigungen und Bürgschaften, zur Entlastung der gefährdeten KMU kostentreibende und unnötige Regulierungen schnellstmöglich abzuschaffen und mindestens vorerst auf Steuerforderungen zu verzichten.

Die Politik verlangt von der Wirtschaft grosse Opfer. Die Behörden müssen hier mit gutem Beispiel vorangehen: Es gilt, den aufgeblähten Verwaltungsapparat aufs Nötigste herunterzufahren und unnötige Ausgaben einsparen, um den Steuerzahlern in dieser schwierigen Zeit nicht zusätzlich zur Last zu fallen.

Der Autor ist Vizedirektor des Liberalen Instituts.